

Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987) (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 112), Berlin/Boston 2016, VIII + 289 S., brosch., 24,95 €, auch als E-Book erhältlich.

In der Bundestagsdebatte über die Stationierung atomarer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sprach sich der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im November 1983 für eine »ausreichende politische Solidarität und militärische Stärke des Westens« aus, »um von Angriffen und politischer Nötigung abzuschrecken und um notfalls gemeinsam die Territorien der Bündnisgenossen zu verteidigen«.¹ In derselben Debatte erklärte der damalige SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt: »[H]alten wir die atomare Rüstungsschraube an, kehren wir das Wettüsten um, unterwerfen wir uns der Verurteilung und der berechtigten Sorgen um das Überleben.«² Die Standpunkte der beiden sozialdemokratischen Galionsfiguren hinsichtlich der zurückliegenden Nachrüstungskontroverse zwischen den Jahren 1979 und 1983 konnten unterschiedlicher kaum sein. Diese innerparteiliche Auseinandersetzung in der SPD im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses ist der zentrale Topos der Dissertationsschrift von Jan Hansen. Der Historiker erklärt darin, »warum es der deutschen Sozialdemokratie so schwer fiel, eine einheitliche Haltung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu präsentieren« (VII). Mittels einer profunden Quellenbasis formuliert er als Antwort auf dieses Forschungsdesiderat die These, dass das binäre Erklärungsmodell des »Kalten Kriegs« in substantiellen Teilen der SPD um das Jahr 1980 rasant an Bindekraft verlor. Die Erörterung dieser internationalen politischen Entwicklung resultierte wiederum in einer konfliktreichen Neuvermessung der Sicherheitspolitik der Partei sowie der sozialdemokratischen Identität.

Zunächst veranschaulicht Hansen, dass die SPD – im Gegensatz zu allen anderen westdeutschen Parteien, die jeweils eine einstimmige Position in der Stationierungskontroverse vertraten – durch ihre sowohl entspannungs- als auch rüstungspolitischen Sichtweisen ein »Miniaturnbild« dieses gesamtgesellschaftlichen Streits darstellte (S. 5). Für den rechten Parteiflügel um Helmut Schmidt beispielsweise war die Doktrin der nuklearen Abschreckung eine plausible Strategie zur Friedenssicherung, während Parteilinke wie etwa Egon Bahr oder Erhard Eppler sich für Détente aussprachen; Oskar Lafontaine forderte 1983 sogar den Austritt der Bundesrepublik aus dem NATO-Bündnis. Die Ursachen für diese eklatanten Differenzen führt Hansen darauf zurück, dass die Sozialdemokraten in ihrer Geschichte nie einen verbindlichen Standpunkt hinsichtlich der sicherheitspolitischen Kardinalfrage erörterten, ob der Friede mit militärischen Instrumenten erzielt werden könne (S. 27). Deshalb habe sich die SPD bereits im Ersten Weltkrieg vollkommen auseinanderdividiert, was im weiteren Verlauf der Parteiengeschichte wie ein Menetekel über den Sozialdemokraten schwebte.

Im Kontext der Nachrüstungskontroverse brach der Konflikt bezüglich der militärischen Friedenssicherung schließlich mit aller Vehemenz in der SPD aus. Während sich die Sozialdemokraten auf dem Berliner Parteitag 1979 aus Solidarität noch kollektiv für einen Leitantrag des Parteivorstands zur Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses aussprachen, beschreibt Hansen den Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl im Herbst 1982 als »die entscheidende Wende« im Streit der SPD« (S. 20). Als bald sich die Sozialdemokraten in der Opposition wiederfanden, sah sich die längst skeptische Parteibasis nicht weiter dazu verpflichtet, den Kurs der amtierenden Bundesregierung öffentlich zu unterstützen. Jedoch bewerteten auch etliche einflussreiche Persönlichkeiten der SPD die Raketenstationierung neu, kultivierten den Dissens mit dem rechten Parteiflügel und suchten in steigender Tendenz den Schulterschluss mit der Friedensbewegung. Beispielsweise sprach Willy Brandt im Oktober 1983 auf der großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten; Oskar Lafontaine beteiligte sich während dieses »Heißen Herbsts« an der

¹ Hartmut Duve (Hrsg.), Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Protokoll einer historischen Entscheidung, Hamburg 1984, S. 96.

² Ebd., S. 183.

sogenannten »Prominentenblockade« im schwäbischen Pershing-II-Stationierungsort Mutlangen; und ferner »spannen Sozialdemokraten um Egon Bahr und Erhard Eppler Gesprächsfäden zu den Machthabern in Ostberlin und Moskau« (S. 243). Gleichmaßen erläutert Hansen jedoch, wie konträr dazu weite Teile des Parteivorstands die Kritik an der Raketenstationierung schlichtweg als Informationsdefizit betrachteten und deshalb versuchten, durch die Vermittlung von standardisiertem Wissen und intensivierte Diskussionen mit der Basis die Deutungshoheit durchzusetzen (S. 120).

Die Partei befand sich im Krisenmodus. In dieser kritischen Situation erodierte Hansen zufolge der sozialdemokratische Konsens über die Universalität der westlichen Werte. Er untermauert diese These durch die Auswertung von Korrespondenzen zwischen der SPD und den sukzessive skeptisch werden den internationalen Verbündeten. Ein Beispiel dafür ist ein erwähnter, jedoch leider nicht ausführlicher dargestellter Briefwechsel zwischen Ronald Reagan und Brandt aus dem Jahr 1985, in dem letzterer seiner Verärgerung über eine wiederholte Zurückweisung durch den US-Präsidenten Luft machte (S. 145). Die Nachrüstungskritik in der SPD war inzwischen derart fortgeschritten, dass neben Helmut Schmidt nur noch 13 weitere Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Köln 1983 für die Raketenstationierung votierten, womit dieser Leitantrag in diametralem Kontrast zum Beschluss vom Berliner Parteitag vier Jahre zuvor stand. Anschaulich skizziert Hansen, wie die SPD im Folgenden versuchte, eine Kontinuitätslinie von 1979 bis 1983 zu zeichnen, wonach das sicherheitspolitische Ziele der Sozialdemokraten stets Entspannung und Abrüstung waren, wofür der NATO-Doppelbeschluss lediglich zeitweise ein probates Instrumentarium darstellte. Tatsächlich vertiefte diese Strategie »den Graben, der sich durch die Partei zog«, sodass selbst das Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung dieses Vorhaben einbremste (S. 25).

Diese Ereignisse veranschaulichen, dass die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss für die SPD in erster Linie eine Selbstverständigungsdebatte über den eigenen sicherheitspolitischen Standpunkt war. Im Kontext dieser Krise wurde evident, dass ein Großteil der Sozialdemokraten die Logik des Kalten Krieges als anachronistisch betrachtete und sich fortan mit der Friedensbewegung solidarisierte. Hansen liefert eine detaillierte Beschreibung sowie scharfsinnige Interpretation dieses spezifischen Diskurses innerhalb der SPD. Des Weiteren besticht seine Studie dadurch, dass er den Streit um die Raketenstationierung nicht exklusiv auf den Zeitraum von 1977 bis 1987 beschränkt, sondern diesen in einen größeren historischen Kontext setzt. Ferner bietet die Publikation durch die sehr breite Quellenbasis Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungsarbeiten, wie etwa der weiteren Untersuchung des Verhältnisses der SPD zu internationalen Politikakteuren.

Richard Rohrmoser, Mannheim

Zitierempfehlung:

Richard Rohrmoser: Rezension von: Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987) (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 112), Berlin/Boston 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81841>> [15.9.2017].